

Freiheit als Preis des Sozialen in der Sozialen Marktwirtschaft

Andreas Freytag

Prof. Dr. Andreas Freytag, FSU Jena und Universität Stellenbosch

Obwohl die Bedeutung der Freiheit für Prosperität und Wohlstand immer wieder betont wird, findet in den modernen westlichen Gesellschaften eine schleichende Erosion von Freiheitsrechten statt. Der Widerstand aus der Bevölkerung dagegen ist allerdings moderat. Im Gegenteil, Initiativen zur Senkung der Freiheit, geschickt getarnt als Schutzmaßnahmen gegen Ausbeutung, (Selbst-)Schädigung und Umweltbelastungen finden breite Zustimmung. Offenbar verbinden sich der Wunsch nach Sicherheit und Bewahrung des Erreichten auf Seiten der Bevölkerung mit dem Ziel des Machterhalts bei den Regierenden und der Verwaltung. Dieser Beitrag versucht, den starke Ausbau des Wohlfahrtsstaates in Deutschland seit den späten 1960er Jahren zu erklären und leitet daraus die These ab, dass er zu einer massiven Einschränkung individueller Freiheiten vieler führt, der Preis des Sozialen also die Freiheit ist. Gleichzeitig ist diese Intensivierung des Wohlfahrtsstaates auch eine Folge der Furcht vieler, für ihre eigenes Handeln die Verantwortung zu tragen; damit geben sie freiwillig Freiheit ab.

1. Einführung

Die Bedeutung der Freiheit für Prosperität und Wohlstand wird zwar immer wieder betont, jedoch findet zugleich in den modernen westlichen Gesellschaften eine schleichende Erosion von Freiheitsrechten statt; gleichzeitig erlahmt der Widerstand aus der Bevölkerung dagegen. Im Gegenteil, Initiativen zur Senkung der Freiheit, geschickt getarnt als Schutzmaßnahmen gegen Ausbeutung, (Selbst-)Schädigung und Umweltbelastungen finden breite Zustimmung.

Offenbar verbinden sich hier der Wunsch nach Sicherheit und Bewahrung des Erreichten auf Seiten der Bevölkerung mit dem Ziel des Machterhalts bei den Regierenden und der Verwaltung. Dieser Beitrag leitet daraus die These ab, dass der starke Ausbau des Wohlfahrtsstaates seit den späten 1960er Jahren zu einer massiven Einschränkung individueller Freiheiten vieler (nicht aller) führt, der Preis des Sozialen also die Freiheit ist. Gleichzeitig ist diese Intensivierung des Wohlfahrtsstaates auch eine Folge der Furcht vieler, für ihre eigenes Handeln die Verantwortung zu tragen; damit geben sie freiwillig Freiheit ab (*Buchanan, 2005*).

2. Soziale Marktwirtschaft als sozialkompatible Ordnung der Freiheit

Die Soziale Marktwirtschaft ist im Grundsatz als eine Wirtschaftsordnung konzipiert worden, in der sich das Soziale (im weitesten Sinne) als Ergebnis wirtschaftlicher Aktivitäten sozusagen von selbst dadurch ergibt, dass die Akteure in Freiheit und Selbstbestimmung in wirtschaftlichen und zugleich wettbewerblichen Austausch treten und dadurch ihre Chancen zur Selbstverwirklichung und zu gestiegenem Wohlstand nutzen.

Dabei ist natürlich zunächst zu klären, was das Soziale im diesem Zusammenhang ist. Darunter ist vor allem Armutsbekämpfung zu verstehen, aber auch die Vermeidung von zu großer materieller Ungleichheit kann man darunter fassen.¹ Zu große materielle Ungleichheit kann eine Gesellschaft vor eine Zerreißprobe stellen.² Indem sie einen Versuch darstellt, genau dies zu verhindern, ist die Soziale Marktwirtschaft nicht nur allokativ effizient, sondern inhärent sozial und ausgleichend.

Dies liegt daran, dass diese Wirtschaftsordnung eben keine freie Marktwirtschaft, kein Laissez-faire, keinen Turbokapitalismus darstellt; die Idee stammt aus Freiburg (grundsätzlich: *Eucken*, 1952) und nicht aus Chicago. Der Staat spielt in Euckens, Böhms und Röpkes Denken eine Rolle über den Nachwächterstaat hinaus; er muss stark sein, um dem ewigen Druck von Interessengruppen standzuhalten. Dies gilt in der Wettbewerbspolitik, der Regulierungspolitik und der Außenhandelspolitik ganz besonders. Allerdings gelten die Regeln in dieser Sichtweise auch und ganz besonders für den Staat; auch staatliche Akteure müssen Regeln beachten. Es gilt der Primat der Ordnungspolitik; Prozesspolitik wird zumindest in der Theorie in kleinen Dosen und darüber hinaus regelkonform angewandt.

Elemente der Sozialen Marktwirtschaft sind neben den offenen Märkten, der Gewerbefreiheit, dem Zusammenfallen von Kompetenz und Haftung, der Geldwertstabilität und der Konstanz der Wirtschaftspolitik zum einen das Wettbewerbsprinzip (in Verbindung mit einer entsprechenden Wettbewerbsordnung einschließlich weitgehenden Kartellverbots) und zum anderen eine soziale Absicherung gegen die wesentlichen Lebensrisiken Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Gleichzeitig wird der individuellen Freiheit ein großer Raum eingeräumt. Aber auf welche Weise dient die Soziale Marktwirtschaft der Freiheit?

Die Wettbewerbsordnung ist ein ganz wesentlicher Baustein individueller Freiheit, weil sie den Menschen die größtmögliche individuelle wirtschaftliche Freiheit bei gleichzeitigem Verbot freiheitsbeschränkenden Verhaltens lässt. Sie entspricht damit einem freiheitlichen Menschenbild, weil sie Macht einzelner reduziert (*Kohn*, 2012).

1 Man sollte allerdings nicht glauben, dass absolute materielle Gleichheit ein erstrebenswertes Ziel sei. Denn es gibt mit Sicherheit große Unterschiede hinsichtlich der Bereitschaft und Fähigkeit der Menschen, sich für materiellen Lohn anstrengen zu wollen bzw zu können. Auf Gleichheit abzielen, würde sowohl den sehr stark an Wohlstand Interessierten als auch denjenigen Unrecht tun, die daran kein Interesse hätten.

2 Dies zeigt das Beispiel Südafrikas. Dort sind extreme Armut und nahezu unermesslicher Reichtum auf engstem Raum zu beobachten, was immer wieder zu Konflikten führt.

Die soziale Absicherung gegen Wechselfälle des Lebens erhöht die Freiheit des einzelnen, der nun ein etwas höheres berufliches Risiko als ohne diese Art der Sozialpolitik eingehen kann; Schumpeter zieht den Vergleich zur Bremse, die eine höhere Geschwindigkeit erlaubt. In diesem Sinne ist eine Sozialpolitik freiheitserhöhend. Dies gilt allerdings – wie unten noch gezeigt wird – nur bis zu einem gewissen Grad; es handelt sich sozusagen um einen umgekehrt U-förmigen Verlauf des Zusammenhangs zwischen Freiheit und sozialer Absicherung. Das soziale Element bemisst sich außerdem nicht an der Höhe der Transfers, sondern an der Fülle der Chancen und der Intensität der Beteiligung möglichst vieler.

Dieses freiheitliche Menschenbild wird zusätzlich durch eine Bildungspolitik gestärkt, die jedem Kind einen Anspruch auch eine umfassende Bildung zubilligt. Unter Bildung ist vor allem die Herausbildung einer Persönlichkeit gemeint, denn nur diese kann verantwortlich handeln und somit frei sein. Die deutsche Bildungspolitik mit ihrer Vielfalt und den Ausbildungsmöglichkeiten für jede Art von Talent hat jedem ganz nach seinen Möglichkeiten größtmögliche Chancen eingeräumt. Dieses System geriet etwas unter Druck, unter anderem dadurch, dass Bildung gelegentlich mit dem höchstmöglichen Bildungsgrad im Sinne der Bildungsstufen nach ISCED (International Standard Classification of Education) verwechselt worden zu sein scheint. Eine Bildungspolitik, die nur Abschlüsse zählt, verfehlt ihr Ziel. In jüngster Zeit ist gerade das duale Ausbildungssystem wieder etwas positiver bewertet worden. Es ist zu hoffen, dass sich dies fortsetzt. Im Detail ist Bildungspolitik äußerst komplex. Fest steht aber, dass gerechter und gleicher Zugang zur Bildung ein Ausdruck formaler (nicht materieller) Gleichheit ist und die individuelle Freiheit erhöht.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass das Modell der Sozialen Marktwirtschaft ein Modell der Freiheit ist, und zwar nicht nur der wirtschaftlichen Freiheit. Diese Freiheit ist gepaart mit Verantwortungsbewusstsein und darf nicht mit Beliebigkeit und Libertinismus verwechselt werden. Die daraus resultierende Gesellschaftsvorstellung ist die einer freien und gleichen Gesellschaft.

3. Die Aushöhlung der Sozialen Marktwirtschaft seit den Gründerjahren

Mit dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gab es im Anschluss an die Wirtschafts- und Währungsreform 1948 in Deutschland ein glaubwürdiges Aufstiegsversprechen, das sich am einfachsten in der *Erhard'schen* Losung „Wohlstand für alle“ (1957) zusammenfassen lässt. Die meisten Menschen in Deutschland sahen sich nach dem Krieg einer vergleichbaren Ausgangslage des Totalverlusts gegenüber. Die Zukunft war offen, niemand wusste, was auf sie oder ihn wartete. Somit befand sich die Gesellschaft gewissermaßen hinter einem *Rawls'schen* (1971) Schleier der Unwissenheit. Verbunden war dieser Schleier mit der Hoffnung auf Besserung, also auf sozialen Aufstieg. In dieser Situation konnte ein gesellschaftlicher Vertrag, der auf den *Eucken'schen* (1952) Prinzipien basierte, mehrheitsfähig werden. Denn diese Prinzipien waren einfach for-

muliert und zielten darauf ab, die wesentlichen Schwächen der deutschen Wirtschaftsordnung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts - die Inflation und die Vermachtung der Märkte - zu beseitigen.

In der Tat kann das erfreuliche Ergebnis konstatiert werden, dass es den Menschen in Deutschland heute materiell ungleich besser geht als in der Nachkriegszeit. Manche (nicht Erhard) sprechen vom Wirtschaftswunder. Neben der ungeheuren Wiederaufbauleistung ist auch die Wiedervereinigung nach 1990 zu nennen, die noch nicht gemeistert, aber weit vorangeschritten ist. Deutschland hat sich insbesondere auf den Exportmärkten eine starke Position aufgebaut, die zu hohen Einkommen der Unternehmen und Beschäftigten geführt hat.

Diese Einkommen waren in den Gründerjahren der Bundesrepublik zunehmend gleich verteilt, die Aufstiegsversprechen (durch Bereitschaft zur harten Arbeit und durch Bildung) wurden millionenfach eingelöst. Die Kriegsschäden würden zügig beseitigt, die Umweltqualität ist heutzutage relativ hoch, und Deutschland gilt vielen in vielerlei Hinsicht als ein Vorbild. Auch strukturell ist viel geschehen; die Industrien, denen ein Großteil der Anerkennung für den Wiederaufbau zuteil wurde, sind heute nahezu verschwunden, neue Industrien und viele Dienstleistungsbranchen sind an ihre Stelle getreten. Dieser Strukturwandel ist wachstumsnotwendig, denn nur, wenn er intensiv ist und permanent stattfindet, kann eine Wirtschaft wachsen. Neue Technologien brechen sich Bahn, altes wird abgeworfen.

Bis in die späten 1960er Jahre absorbierte der Arbeitsmarkt jeden Arbeitssuchenden; zur Sicherstellung der Produktion wurden viele Arbeiter aus dem Ausland, die sogenannten Gastarbeiter angeworben. Seit der ersten Ölkrise jedoch gibt es Sockelarbeitslosigkeit, die mit jeder Krise angestiegen ist und heute bei etwa 3 Millionen Arbeitslosen zu liegen scheint. Gleichzeitig begann eine Phase zunehmenden Interventionismus und der Ausbau des Wohlfahrtsstaates.³

Heute noch berufen sich nahezu sämtliche deutsche Wirtschaftspolitiker einschließlich einiger Vertreter der Partei „Die Linke“ auf die Soziale Marktwirtschaft. Praktiziert wird diese jedoch schon lange nicht mehr. Auch in der Bevölkerung ist die Zustimmung zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung deutlich gesunken. Immer mehr Menschen zweifeln an der Sozialen Marktwirtschaft.

Man sollte allerdings nicht den Fehler machen, die im Zuge der Verwerfungen der letzten sieben Jahre seit Beginn der Weltwirtschafts- und Finanzkrise einerseits und der europäischen Staatsschuldenkrise andererseits entstandenen Zweifel auf eine marktwirtschaftliche Exzesse zurückzuführen. Diese haben nicht stattgefunden; vielmehr hat die Wirtschaftspolitik in Europa und den USA sehr viele Fehler gemacht, die die Krisen erst ermöglicht haben. Dazu zählen eine viel zu expansive Geldpolitik im Verbund mit Subventionen für den Haus-erwerb in den USA und ein Mangel an fiskalischer Nachhaltigkeit in der EWU.

Diese Entwicklung hängt - zumindest in Europa - insgesamt mit einer gravierenden Akzentverschiebung zusammen, die in den vergangenen Jahrzehnten stattgefunden hat: Während *Müller-Armack* und stärker noch *Erhard* der Marktwirtschaft ein genuin soziales Element zuschrieben und damit auch keinen Ge-

³ Die Frage, ob die steigende Arbeitslosigkeit diesen Ausbau bewirkt hat oder umgekehrt, wird hier nicht weiter verfolgt.

gensatz zwischen Freiheit und dem Sozialen sahen, wird dies heute anders interpretiert: Märkte führten zu Ungleichheit und Armut; sie seien auf dem sozialen Auge blind.

Anders gewendet: Während die deutsche Wirtschaftsordnung früher eine Soziale **Marktwirtschaft** war, ist sie heute ein **Soziale** Marktwirtschaft. Märkte werden von den Vertretern dieses Bildes als Bedrohung für den einzelnen erfasst; die Chancen werden entweder nicht gesehen oder verschwiegen.

Zwar sind die meisten Märkte in Deutschland nach wie vor offen, jedoch greift der Staat zunehmend in die Preisbildung ein, wie es jüngst in Deutschland für die Mieten geplant wurde. Zusätzlich werden zahlreiche Subventionen in dreistelliger Milliardenhöhe an die deutsche Wirtschaft gezahlt, was ein Auseinanderfallen von Kompetenz und Haftung bewirkt. Zudem werden an eine Mehrheit der Bürger staatliche Sozialleistungen gezahlt, sei es als Arbeitslosengeld II, als Kindergeld, als Erziehungsgeld, als Mietzuschuss oder als „Bafög“, um nur einige zu nennen. In Europa trägt die Geldpolitik zu enormen Risiken und zu einer Umverteilung von unten nach oben bei. Dies führt dann zu Rufen nach sozialem Ausgleich. Dieser wird im Herbst 2014 immer lauter.

4. Die Konsequenz

Mit dem wachsenden Wohlstand begann in den 1960er Jahren in Deutschland – aber keineswegs nur dort – die Ausweitung des Sozialstaates. Heute wird etwa ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts in Sozialleistungen gesteckt. Diese umfassen weit mehr als ein Minimalpaket zur Absicherung der wesentlichen Lebensrisiken. Weite Teile der Bevölkerung erhalten Sozialleistungen aller Art. Die Bedürftigkeit spielt dabei keine wesentliche Rolle – Kindergeld zB erhalten sämtliche Eltern.

Insgesamt hat sich offenbar in den OECD-Ländern mit ihren umfassenden Wohlfahrtsstaaten, darunter eben auch Deutschland, eine Mentalität herausgebildet, die vor allem Ansprüche formuliert; eine treffende englische Formulierung dafür ist „entitlement“. Jeder Bürger scheint die Leistungen als sein gutes Recht zu betrachten, es steht ihm in dieser Sicht zu.

Insgesamt dürfte sich dadurch die Bereitschaft der Deutschen, sich für ihren Wohlstand anzustrengen, schrittweise reduzieren. Die Dynamik nimmt ab, und die Wachstumsraten sinken. Dies ist für sich genommen kein Problem, wenn der Konsens in der Bevölkerung besteht, dass alle in materieller Hinsicht etwas kürzer treten. Dieser Konsens scheint aber nicht zu bestehen, denn die Mehrheit der Arbeitslosen ist auf der Suche nach einem Arbeitsplatz, der ihnen sowohl ein höheres Nettoeinkommen als auch eine bessere Beteiligung am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Denn auch wenn es angenehm sein mag, durch andere in Notzeiten unterstützt zu werden, so zeigen soziologische Untersuchungen doch auch, dass mit der Arbeitslosigkeit der Zugang zum gesellschaftlichen Leben häufig verloren geht (Bude 2008).

Hinzu kommt, dass diese Ansprüche nicht umsonst zu haben sind. Zum einen müssen die Steuern hoch sein und bleiben, um diese Ansprüche bedienen zu können. Gerade die Wohlhabenden zahlen ihre „entitlements“ weitgehend

selber. Damit schränken die Steuerzahler ihre Freiheit indirekt ein, weil ihnen weniger Mittel für zur Verfügung stehen, um andere Bedürfnisse erfüllen zu können.

Um den Zusammenhang zwischen dieser Tendenz des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates und dem Verlust der individuellen Freiheit zu verstehen, lohnt ein Blick auf mögliche Ursachen des Ausbaus.

5. Ursache 1: Bürokratie und Rent-Seeking

Es hat viele Versuche gegeben, das Wachstum des Wohlfahrtsstaates zu erklären. Eine naheliegende Erklärung bietet die Bürokratiethorie von *William Niskanen* (1971). *Niskanen* argumentiert, dass das Ziel von Bürokratien darin besteht, das Budget zu maximieren. Ihr Angebot an öffentlichen Gütern folgt nicht der Logik, dass Grenzkosten des Angebots seinem Grenznutzen entsprechen; sondern der Nutzen entspricht hiernach den Kosten; die Summe aus Produzentenrente und Konsumentenrente ist dann Null und nicht positiv (wie im Falle der Übereinstimmung von Grenznutzen und Grenzkosten).

Dieses Angebot muss natürlich durch die Nachfrage restringiert sein. Warum sollten die Bürger der Ausweitung der öffentlichen Güterherstellung (in diesem Fall soziale Angebote) zustimmen, wenn sich dadurch die Gesamtwohlfahrt verringert? Drei Gründe dafür sind denkbar. Das erste Argument basiert auf dem Vorliegen asymmetrischer Informationen: Bürger und Politiker, die die Verwaltung kontrollieren, haben keinen Überblick über Kosten und Nutzen bzw Grenzkosten und Grenznutzen dieser Aktivität. Die Verwaltung weiß dies und bietet genau so viel an, wie die Kontrolleure für optimal halten. Dies ist allerdings über dem Optimum.

Ein weiterer Grund liegt möglicherweise darin, dass die Bürger unter der sog. Fiskalillusion leiden. Sie erkennen nicht, dass heutige Angebote der Politik mit späteren Steuern zu bezahlen sind. In der Annahme, Geschenke zu erhalten, stimmen sie einer Ausweitung des Wohlfahrtsstaates zu.

Ein dritter Grund mag in aktivem Rent-Seeking von Interessierten, zB Wohlfahrtsverbänden – die ihrerseits wiederum vielleicht wie Bürokratien funktionieren – liegen. Dadurch wird das Angebot der Sozialbehörden aktiv unterstützt, und es existiert sozusagen eine Koalition der Willigen, die gelegentlich von Wissenschaftlern unterstützt werden, die wiederum ihre Ergebnisse ein wenig verzerrt – im Sinne des Sozialen – präsentieren.⁴ Hinzu kommt, dass in reichen Gesellschaften Armut immer relativ definiert wird, was dazu beiträgt, dass das Problem der Armut kaum gelöst werden kann (*Niemitz*, 2012).

4 So hat zum Beispiel vor einigen Jahren eine Studie aus dem DIW (*Göbel/Gornig/Häußermann*, 2010) die These aufgestellt, die Polarisierung der deutschen Gesellschaft nehme zu, und zum Beleg die Veränderungen der Anteile reicher, mittlerer und armer Haushalte (mit leichter Steigerung des Anteil letzterer) zwischen 1993 und 2009 herangezogen, ohne aber zu berücksichtigen, dass die durchschnittliche Haushaltsgröße laut Statistischem Bundesamt seit langem, so auch zwischen 1993 und 2008, fällt. Die Aussagen dieser Studie sind damit wissenschaftlich zwar nicht haltbar, aber trotzdem wertvoll für Rent-Seeker.

6. Ursache 2: Freiheitsverlust als Preis der Angst

Ein weiterer Erklärungsversuch setzt daran an, dass die Menschen im Wohlfahrtsstaat Rechte und Freiheit aufgeben.

Zum einen geschieht dies durch Versuche von politischen Entscheidungsträgern, ihre eigenen Präferenzen den Bürgern aufzudrängen. Wir sehen dies bei der Definition von meritorischen Gütern. In Deutschland sind zB Bildung, Kultur und öffentlich-rechtliches Fernsehen, das jeder Haushalt zu bezahlen hat, unabhängig davon, ob es dort ein Empfangsgerät gibt, solche meritorischen Güter. Glühbirnen, Alkohol und Zigaretten sind Beispiel für demeritorische Güter. Die Versuche der Partei Bündnis 90/die Grünen im Bundestagswahl 2013, den Menschen einen sogenannten Veggie-Day, dh einen festgelegten Tag, an dem Kantinen kein Fleisch anbieten dürfen, aufzuzwingen, fallen in dieselbe Kategorie. In der Wirtschaftswissenschaft erfreut sich diese Form des (libertären) Paternalismus (*Thaler/Sunstein*, 2009) einer steigenden Beliebtheit, die natürlich in den Hauptstädten Europas und in Washington größten Widerhall findet (*Zimmer*, 2013).

Die Freiheitsbeschränkungen können aber auch weitgehend freiwillig ablaufen. Die Bürger werden dann nicht von anderen entmündigt, sondern tun dies selbst. *Buchanan* (2005) argumentiert, dass der Staat Gott als die übergeordnete Instanz für viele menschenabgelöst hat und dass die Menschen sich (zumindest in ihrer Mehrheit) dieser Instanz unterordnen und – vor allem – von dieser Instanz Schutz erwarten. Sie sind in den Worten *Buchanans* „Afraid to be free“. Dies bezeichnet *Buchanan* (2005, 23) als „Parental Socialism“. Es sind die Menschen selber, die vor der Verantwortung für ihr eigenes Leben zurückschrecken und den Staat auffordern, für sie zu sorgen.

Insofern ergibt sich ein freiheitsreduzierender Mix: Auf der einen Seite finden sich diejenigen, die einen Schutz vor den Risiken des Lebens haben wollen und sich dafür freiwillig einer Instanz – in diesem Fall dem Wohlfahrtsstaat – unterordnen; auf der anderen Seite stehen diejenigen, die diesen Wohlfahrtsstaat anbieten und damit Einkommen und Prestige erzielen oder gar Macht ausüben wollen. Die ökonomische Theorie erklärt beide Seiten recht gut. Sie macht auch deutlich, warum der sich ausbreitende Wohlfahrtsstaat mit Freiheitsverlusten einhergeht. Leider sind auch diejenigen negativ betroffen, die ihr Leben gerne weiter selber organisieren und meistern wollen.

7. Gibt es eine Lösung?

Die Ausführungen machen deutlich, dass der anhaltende Ausbau des Sozialstaates auf Kosten der Freiheit vollzogen wurde. Dies muss nicht sein; es kann sogar geändert werden, ohne dass die soziale Sicherheit leiden muss. Es ist nicht Sinn dieses Beitrags, die Rolle von Solidarität infrage zu stellen, ist sie doch eine Investition in eine stabile Gesellschaft.

Deswegen sollte darüber nachgedacht werden, die Sozialpolitik unter einem neuen Blickwinkel zu sehen und mit Hilfe vertragstheoretischer Überlegungen zu begründen. In einer leider zu wenig beachteten Schrift haben *Karl Ho-*

mann und *Ingo Pies* (1996) die Sozialpolitik als einen gesellschaftlichen Versicherungsvertrag skizziert. In einer Versicherung ist jeder Teilnehmer sowohl Einzahler als auch potentieller Empfänger. Risiken werden gebündelt, so dass niemand überfordert ist. Eine vertragstheoretische Perspektive hat überdies den Vorteil, dass die Freiheitseinschränkungen nicht länger im Vordergrund stehen.

Die Mitglieder der Gesellschaft befinden sich mit Blick auf ihre Zukunft hinter dem schon erwähnten Schleier der Ungewissheit. Selbst die Fleißigste kann arbeitslos werden, wie auch ein gesund lebender Mensch plötzlich schwer erkranken kann. Die Krankenversicherung deckt die damit verbundenen Kosten ab. Interessanterweise sind die Mitglieder der Krankenkassen meist freiwillig in dieser Versicherung und nehmen die damit verbundene Umverteilung klaglos, in gewisser Weise sogar zufrieden (wenn sie gesund bleiben) in Kauf.

Sozialpolitik wird von den Autoren in diesem Licht zurecht als ein Vertrag anstelle einer Oktroyierung von Abgaben zugunsten anderer wahrgenommen. Damit rücken sowohl die Freiheitseinschränkungen und Paternalisierung als auch die Umverteilung aus dem Fokus, und Risikoaspekte werden bedeutsamer. Denn nun wird klar, dass die Sozialversicherung riskante Unternehmung befördern kann und damit für Märkte und das Ausleben individueller Freiheit sorgen kann und nicht im Gegensatz zum Markt und für die Einschränkung von Freiheit steht (*Homann/Pies*, 1996). Ganz im Gegenteil, wer Risiken übernimmt und sich auf Märkten engagiert, hat eine Rückendeckung. Inhaltlich ändert sich zunächst nichts, aber die Perspektive ist eine andere.

Diese Sichtänderung bedeutet natürlich auch, dass die staatlichen Anbieter sozialer Leistungen sich nicht länger als hoheitliche Institutionen verstehen. Sie sind Anbieter von Versicherungspaketen, und die Bürger sind Kunden und keine Untertanen. Hinzu kommt die Diskussion um die Umfänge dieser Versicherungspakete; möglicherweise ist einiges aus dem Angebot des Wohlfahrtsstaates zu streichen. Die Diskussion um geeignete Streichkandidaten wird hier nicht geführt, da dies eine fundierte Analyse erfordert. Im Versicherungsmodell geht es aber nicht um Ansprüche oder „entitlements“, sondern um das in einem Vertrag auf Gegenseitigkeit vereinbarte Absichern von Lebensrisiken.

Mit einer solchen Perspektivänderung würde die Soziale Marktwirtschaft eine Revitalisierung erfahren, die gerade nicht zu Lasten der Schwächsten der Gesellschaft ablaufen würde, sondern diese gerade in den Fokus der Sozialpolitik rückt. Mehr Eigenverantwortung und ein freiheitlich gestärktes System der Sozialversicherung wären die Konsequenz. Es lohnt sich nachzudenken.

Literaturverzeichnis

Buchanan, James M., *Afraid to Be Free: Dependency as Desideratum*, *Public Choice*, Vol. 124 (2005) 19-31

Bude, H., *Die Ausgeschlossenen*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (2008)

Erhard, L., *Wohlstand für alle*, Wien (1957)

Eucken, W., Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 1. Auflage, Tübingen; Zürich (1952)

Göbel, J./Gornig, M./Häusermann, H., Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert, DIW Wochenbericht 24/2010 (2010) 2-8

Homann, Karl und Ingo Pies (1996), Sozialpolitik für den Markt: Theoretische Perspektiven konstitutioneller Ökonomik, in: Ingo Pies und Martin Leschke (Hrsg.), James Buchanans konstitutionelle Ökonomik, Tübingen: Mohr (Siebeck), 203-239

Kohn, R. A., Wirtschaft und Gesellschaft - Nachdenken über Freiheit, in: *Altmiks, P./Morlok, J.* (Hrsg), Noch eine Chance für die Soziale Marktwirtschaft? Rückbesinnung auf ordnungspolitik und Haftung, München (2012) 81-107

Niemitz, K., Armut in der Sozialen Marktwirtschaft - Empirische Befunde, in: *Altmiks, P./Morlok, J.* (Hrsg), Noch eine Chance für die Soziale Marktwirtschaft? Rückbesinnung auf ordnungspolitik und Haftung, München (2012) 109-131

Rawls, J. A., A Theory of Justice, Cambridge, MA: Belknap Press of Harvard University Press (1971) (deutsche Übersetzung: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/Main 1975)

Thaler, R. H./Sunstein, C. R., Nudge. Wie man kluge entscheidungen anstößt, 2. Auflage, Berlin (2012)

Zimmer, D., Weniger Politik! Plädoyer für eine freiheitsorientierte Konzeption von Sttat und Recht, München (2013)

Abstract

JEL-No: H55, P10

Freedom as the price of the welfare state

Although the role and importance of freedom for prosperity and wealth are emphasized permanently, we have witnessed a slow reduction of freedom in the Western World for a long time. Public opposition against this decline is moderate. By contrast, most initiatives to reduce freedom by suggesting nudges to protect people from damaging themselves or by increasing social protection seem to be highly welcome. There is obviously a match between the desire of the population for security and politicians' and administrations' aim to increase power and responsibility. This article is an attempt to explain the rise of the welfare state in Germany since the late 1960s and derives the hypothesis that this rise leads to a reduction of freedoms. At the same time, it seems to be the result of the population in the majority being "afraid to be free".

